

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Belit Onay, Meta Janssen-Kucz und Helge Limburg (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Steigt die Anzahl der Kleinen Waffenscheine auch in Niedersachsen wieder?

Anfrage der Abgeordneten Belit Onay, Meta Janssen-Kucz und Helge Limburg (GRÜNE), eingegangen am 14.12.2018 - Drs. 18/2518
an die Staatskanzlei übersandt am 09.01.2019

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 06.02.2019

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Zahl der Kleinen Waffenscheine in Deutschland ist nach einer Umfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) bei den Innenministerien der 16 Bundesländer in 2018 wieder gestiegen (HAZ vom 07.12.2018). So waren Ende Oktober 2018 insgesamt 599 940 Kleine Waffenscheine in Deutschland registriert. Das ist ein Anstieg um rund 130 % seit 2014, als es noch 261 332 solcher Erlaubnisse gab. Ende 2017 lag die Zahl der gespeicherten Kleinen Waffenscheine im Nationalen Waffenregister noch bei 557 560. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek, reagiert mit den Worten „Es besteht die Gefahr, dass Waffen nicht ordnungsgemäß eingesetzt werden und ihre Inhaber sich selbst gefährden“. Wir müssten darauf achten, dass wir in „Deutschland keine amerikanischen Verhältnisse bekommen“. „Das wäre der inneren Sicherheit abträglich.“ Der Leiter des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, Andreas Zick meint, Waffenkäufe wiesen einerseits auf Befürchtungen hin, andererseits aber auch auf eine „Eskalation von radikalen Meinungen“.

Der sogenannte Kleine Waffenschein ist erforderlich, wenn Personen Reiz-, Signal- oder Schreckschusswaffen tragen wollen. Für den Kauf solcher Waffen gibt es allerdings keine Auflagen. Auch für die Aufbewahrung zu Hause ist kein Waffenschein erforderlich.

In der Antwort (Drs.18/527) auf die Anfrage der Abgeordneten Belit Onay, Meta Janssen-Kucz und Helge Limburg (GRÜNE) vom 13.02.2018 verwies die Landesregierung auf einen Rückgang der Anzahl der beantragten und genehmigten Kleinen Waffenscheine zwischen 2016 und 2017 um knapp 50 %.

Vorbemerkung der Landesregierung

In der Vorbemerkung zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „GdP sieht die Entwicklung bei der Erteilung des kleinen Waffenscheins kritisch - Was tut die Landesregierung?“ vom 13.02.2018 (Drs. 18/527) wurde zum Rechtsrahmen in Bezug auf den Kleinen Waffenschein wie folgt ausgeführt:

„Das Waffenrecht ist Gegenstand der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes (Art. 71 und 73 Abs. 1 Nr. 12 des Grundgesetzes). Insofern obliegt die Entscheidung über eine Anpassung der Anforderungen zum Erwerb des Kleinen Waffenscheins dem Bundesgesetzgeber.

Die Voraussetzungen für die Erteilung eines Kleinen Waffenscheins sind in §§ 4 Abs. 1, 10 Abs. 4 Satz 4 des Waffengesetzes (WaffG) in Verbindung mit seiner Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 Nr. 2 und 2.1 geregelt. Danach muss die Antragstellerin oder der Antragsteller volljährig sein und der Waffenbehörde nachweisen, dass sie oder er die waffenrechtliche Zuverlässigkeit nach § 5 WaffG besitzt und gemäß § 6 WaffG persönlich für den Umgang mit Waffen geeignet ist. Ein Be-

dürfnis ist von der Antragstellerin oder vom Antragsteller nicht nachzuweisen. Bei Erfüllung der Voraussetzungen haben die Antragsteller einen Anspruch auf Erteilung der Erlaubnis. Die Prüfung der Waffenbehörden ist nur auf die Versagungsgründe beschränkt.

Der Kleine Waffenschein erstreckt sich nur auf das Führen solcher Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen (SRS-Waffen), die der zugelassenen Bauart nach § 8 des Beschussgesetzes entsprechen und das Zulassungszeichen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) tragen und daher im Erwerb und Besitz nach Anlage 2 Abschnitt 2 Unterschnitt 2 Nummer 1.3 erlaubnisfrei sind.“

Der in der Vorbemerkung der Abgeordneten zitierte Trend für die Beantragung Kleiner Waffenscheine ist in Niedersachsen weiterhin rückläufig. So hat sich die Anzahl der beantragten und genehmigten Kleinen Waffenscheine nicht nur zwischen 2016 und 2017 um knapp 50 Prozent reduziert, sondern ist auch zwischen 2017 und 2018 um knapp 50 Prozent zurückgegangen (s. insoweit auch die Antwort zu Fragen 1 und 2). Die aktuellen Zahlen nimmt die Landesregierung jedoch weiterhin zum Anlass, die weitere Entwicklung angesichts der Risiken beim Führen bestimmter Waffen sorgsam zu beobachten und ggf. erforderliche Handlungsbedarfe, nicht zuletzt auch gesetzgeberische Handlungsbedarfe, mit dem Bundesgesetzgeber und den anderen Ländern zu diskutieren.

1. Wie viele Anträge auf Ausstellung des Kleinen Waffenscheins wurden vom 01.01.2018 bis zum 30.11.2018 in Niedersachsen gestellt, und in wie vielen Fällen wurden diese genehmigt (bitte verteilt nach Genehmigungsbehörden)?

Bis zum 31.12.2018 wurden Anträge auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis nicht im NWR gespeichert, da es hierfür keine rechtliche Grundlage gab. Die Daten bezüglich der Anträge ergeben sich aus von den Waffenbehörden freiwillig geführten Statistiken. Die Polizeidirektion Hannover teilte mit, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich die Anzahl der Anträge statistisch nicht erhoben wird. Die Anzahl der Anträge aus diesem Bereich ist daher eine Schätzung der Waffenbehörden. Eine Auflistung der von den kommunalen Waffenbehörden gemeldeten Daten ist im Folgenden dargestellt. Aktuell sind es 99 kommunale Waffenbehörden, sieben weniger als zur Zeit der Drs. 18/527.

Lfd. Nr.	Behörde	Anträge	Genehmigt
	PD Oldenburg	1.195	1.130
1	Stadt Delmenhorst	64	62
2	Stadt Oldenburg	116	116
3	Stadt Wilhelmshaven	62	62
4	LK Ammerland	83	83
5	LK Cloppenburg	56	46
6	LK Cuxhaven	144	139
7	LK Diepholz	67	62
8	LK Friesland	56	52
9	LK Oldenburg	74	74
10	LK Osterholz	72	70
11	LK Vechta	37	35
12	LK Verden	60	59
13	LK Wesermarsch	36	36
14	Stadt Achim	16	16

Lfd. Nr.	Behörde	Anträge	Genehmigt
15	Stadt Cloppenburg	12	11
16	Stadt Cuxhaven	62	61
17	Stadt Friesoythe	11	11
18	Stadt Nordenham	22	22
19	Stadt Schortens	8	8
20	Stadt Varel	12	12
21	Stadt Vechta	18	18
22	Stadt Verden	18	18
23	Gemeinde Ganderkesee	24	24
24	Gemeinde Stuhr	23	23
25	Gemeinde Weyhe	42	10
	PD Lüneburg	1.044	1.025
26	Samtgemeinde Harsefeld	31	31
27	Gemeinde Seevetal	44	43
28	Stadt Buchholz i. d. N.	44	44
29	Stadt Buxtehude	27	27
30	Stadt Celle	56	56
31	Stadt Stade	41	41
32	Stadt Uelzen	15	15
33	Stadt Walsrode	25	25
34	Stadt Winsen (Luhe)	19	18
35	LK Celle	125	122
36	LK Harburg	129	125
37	LK Heidekreis	109	109
38	LK Lüchow-Dannenberg	37	36
39	LK Lüneburg	108	107
40	LK Rotenburg (Wümme)	123	117
41	LK Stade	55	54
42	LK Uelzen	56	55
	PD Göttingen	826	787
43	LK Göttingen	73	73
44	LK Hameln	21	21
45	LK Hildesheim	222	190
46	LK Holzminden	22	22

Lfd. Nr.	Behörde	Anträge	Genehmigt
47	LK Nienburg	67	67
48	LK Northeim	60	60
49	LK Schaumburg	143	143
50	Stadt Bad Pyrmont	11	11
51	Stadt Duderstadt	8	8
52	Stadt Göttingen	55	52
53	Stadt Hameln	25	24
54	Stadt Hann.-Münden	10	10
55	Stadt Holzminden	11	11
56	Stadt Nienburg	33	31
57	Stadt Northeim	28	28
58	Stadt Osterode	16	16
59	Stadt Rinteln	21	20
	PD Osnabrück	775	746
60	LK Aurich	84	77
61	LK Emsland	81	77
62	LK Grafschaft Bentheim	24	24
63	LK Leer	89	89
64	LK Osnabrück	84	78
65	LK Wittmund	49	45
66	Stadt Emden	39	35
67	Stadt Osnabrück	46	46
68	Stadt Aurich	25	25
69	Stadt Bramsche	16	16
70	Stadt Georgsmarienhütte	14	14
71	Stadt Leer	23	23
72	Stadt Lingen	36	36
73	Stadt Melle	29	29
74	Stadt Meppen	19	19
75	Stadt Norden	22	21
76	Stadt Nordhorn	19	18
77	Stadt Papenburg	27	27
78	Samtgemeinde Artland	14	14
79	Samtgemeinde Bersenbrück	22	22

Lfd. Nr.	Behörde	Anträge	Genehmigt
80	Gemeinde Wallenhorst	13	13
	PD Braunschweig	888	850
81	LK Gifhorn	91	91
82	LK Goslar	89	87
83	LK Helmstedt	62	59
84	LK Peine	75	75
85	LK Wolfenbüttel	24	24
86	Stadt Braunschweig	166	166
87	Stadt Gifhorn	25	22
88	Stadt Peine	57	53
89	Stadt Salzgitter	124	106
90	Stadt Seesen	18	18
91	Stadt Wolfenbüttel	39	39
92	Stadt Wolfsburg	118	110
	PD Hannover	1.108	987
93	Stadt Garbsen	72	67
94	Stadt Lehrte	58	54
95	Stadt Neustadt	53	51
96	Stadt Springe	50	12
97	Stadt Wunstorf	50	40
98	Stadt Hannover	425	386
99	Region Hannover	400	377
	Gesamt	5.836	5.525

2. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Entwicklung des Kleinen Waffenscheins im Bund und in Niedersachsen auch in Bezug auf die persönlichen Befürchtungen und die „Eskalation von radikalen Meinungen“?

Der Trend für die Beantragung Kleiner Waffenscheine ist in Niedersachsen seit 2017 wieder stark rückläufig. So hat sich die Zahl der beantragten Kleinen Waffenschein zwischen 2016 und 2017 sowie zwischen 2017 und 2018 jeweils um knapp 50 % reduziert. Auch bundesweit sinken die Antragszahlen seit 2017 im Vergleich zu den Vorjahren.

Dass persönliche Befürchtungen mit ein Grund für die Beantragung eines Kleinen Waffenscheins sein können, ist nicht auszuschließen. Niedersachsen hat 2013 als erstes Bundesland in Deutschland mit der Durchführung periodischer Opferbefragungen als Ergänzung zur jährlich erstellten Polizeilichen Kriminalstatistik begonnen, um so eine weitere Erkenntnisquelle zur Kriminalität im Land zu generieren. Seit 2013 werden alle zwei Jahre 40 000 zufällig ausgewählte Einwohnerinnen und Einwohner Niedersachsens im Alter ab 16 Jahren zu Themen wie Kriminalitätserfahrungen und -furcht oder der Bewertung der Polizei und deren Arbeit befragt. Die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie stellen damit ein repräsentatives Instrument zur Beurteilung der tatsächlichen Sicherheitslage dar und ergänzen sinnvoll die Kennzahlen, die sich aus der Polizeilichen Kriminalstatistik ergeben.

Der aktuellen Erhebung aus dem Jahr 2017 zufolge befindet sich die subjektiv empfundene Sicherheit in Bezug auf die Wohnung und die nähere Umgebung auf einem hohen Niveau; 84,5 Prozent der Befragten fühlen sich dort sicher. Obwohl sich die Kriminalitätsbelastung objektiv sehr deutlich verringert hat - die Kriminalitätsbelastung in Niedersachsen ist so gering wie seit über 35 Jahren nicht mehr - fühlten sich die Menschen in Niedersachsen zum Zeitpunkt der Befragung etwas unsicherer in Bezug auf ihre nähere Umgebung als noch 2015. Der Anteil der Menschen mit einem geringen Sicherheitsgefühl ist von 2015 auf 2017 leicht gestiegen (von 9,1 % auf 12,3 %). Mit dieser Entwicklung korrespondierend, zeigte sich von 2015 auf 2017 ein leichter, gleichwohl signifikanter Anstieg in Bezug auf das persönliche Schutzverhalten Einzelner durch das Mitführen von Waffen für Verteidigungszwecke.

Soweit mit der Fragestellung verbunden wird, dass Vertretern „radikaler Meinungen“ das Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen erlaubt wird, merkt die Landesregierung an, dass im Rahmen eines jeden Antrags die waffenrechtliche Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers überprüft wird. Dabei werden neben Verurteilungen, waffenrechtlichen Verstößen usw. auch Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung (vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG) in den Blick genommen. Eine wichtige Initiative, die Niedersachsen in diesem Zusammenhang auf den Weg gebracht hat, beinhaltet eine noch engere Einbeziehung des Verfassungsschutzes im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Waffenbehörden und wird unter dem Stichwort „Regelabfrage beim Verfassungsschutz“ vorangetrieben. Auf Antrag Niedersachsens hat der Bundesrat im April 2018 eine entsprechende Gesetzesinitiative in den Bundestag eingebracht (BT-Drs. 19/1715). Die Innenminister und -senatoren der Länder haben sich zuletzt auf der Innenministerkonferenz im November 2018 für die Einführung einer solchen Regelabfrage sowie einer Nachberichtspflicht des Verfassungsschutzes ausgesprochen.

3. Teilt die Landesregierung die Auffassung der innenpolitischen Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic „Mehr private Waffen schaffen nicht mehr Sicherheit - im Gegenteil: Sie haben das Potenzial, Konflikte in Gewalt eskalieren zu lassen“?

Eine Maxime des Waffenrechts ist, den privaten Waffenbesitz so gering wie möglich zu halten. Die Landesregierung folgt diesem Grundsatz im Rahmen des Vollzugs des Waffenrechts entschieden. Ausfluss dieses Grundsatzes ist beispielsweise die in unregelmäßigen Abständen stattfindende Amnestie. Im Rahmen der letzten Strafbefreiung von Juli 2017 bis Juli 2018 wurden auch viele Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen abgegeben.

4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Alter, das Geschlecht und das jeweilige Bedürfnis der Antragstellenden auf Ausstellung eines Kleinen Waffenschein?

Der Nachweis eines Bedürfnisses ist für die Erlangung eines Kleinen Waffenscheins nicht erforderlich. Daher liegen diesbezüglich auch keine statistischen Erhebungen vor.

Bis zum 31.12.2018 wurden Anträge auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis nicht im NWR gespeichert, da es hierfür keine rechtliche Grundlage gab. Die Daten bezüglich des Alters und des Geschlechts ergeben sich aus von den Waffenbehörden freiwillig geführten Statistiken. Die Polizeidirektionen Hannover und Göttingen teilten mit, dass die Waffenbehörden ihres Zuständigkeitsbereichs keine Statistik bezüglich des Alters und des Geschlechts von Antragstellenden führen. Die Daten aus diesem Bereich beziehen sich daher nicht auf die gestellten Anträge, sondern auf die tatsächlich erteilten Erlaubnisse.

In mehr als 80 % der Fälle sind die Antragstellenden eines Kleinen Waffenscheins männlich. Anträge stellen vor allem Personen im Alter von 50 bis 69 (ca. 36 %), gefolgt von Personen im Alter von 30 bis 49 (ca. 33 %). Die Anzahl der 18- bis 29-jährigen Antragstellerinnen und Antragsteller beträgt ca. 23 %.

- 5. Aus welchen rechtlichen und tatsächlichen Gründen hält die Landesregierung die Einführung einer verpflichtenden „Bedürfnisprüfung“ beim Kleinen Waffenschein für nicht notwendig, bzw. warum hat die Landesregierung noch keine entsprechende Änderung des Waffengesetzes auf den Weg gebracht?**

Die Landesregierung steht zu waffenrechtlichen Fragen in intensivem Austausch mit dem Bund und den anderen Ländern und sieht derzeit keinen Anlass, auf dem Feld der Kleinen Waffenscheine initiativ zu werden.

- 6. In welchen Genehmigungsbehörden werden grundsätzlich alle (bzw. in welchem Umfang) Antragstellerinnen und Antragsteller von Kleinen Waffenscheinen zu möglichen Risiken, im Zusammenhang mit dem Führen von Waffen oder Abwehrgeräten beraten und auf Alternativen, wie z. B. die Teilnahme an Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen, hingewiesen, und in wie vielen Fällen hat die Beratung zum Verzicht auf die Beantragung des Kleinen Waffenscheins geführt?**

Mit Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 11. Oktober 2016 wurden alle Waffenbehörden gebeten, die Antragstellerinnen und Antragsteller von Kleinen Waffenscheinen auf mögliche Risiken, die im Zusammenhang mit dem Führen von Waffen oder Abwehrgeräten entstehen können, und auf Alternativen, wie z. B. die Teilnahme an Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen, hinzuweisen. Insbesondere werden die Antragstellerinnen und Antragsteller auch darauf aufmerksam gemacht, dass aufgrund der Baugleichheit die Gefahr der Verwechslung mit einer „scharfen“ Waffe (auch durch Polizeibeamtinnen und -beamte) besteht. Statistische Erhebungen zum Erfolg dieser Beratungen werden nicht geführt.

- 7. Wie, von wem und in welchem Umfang werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Genehmigungsbehörden über die Beratung, Prüfung und Ausstellung des kleinen Waffenscheins geschult?**

Die Ausstellung von waffenrechtlichen Erlaubnissen wie dem Kleinen Waffenschein sowie die Prüfung der erforderlichen Voraussetzungen gehören zu den Kernaufgaben der kommunalen Waffenbehörden. Inwieweit sie ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schulen und fortbilden, obliegt den Kommunen in eigener Zuständigkeit. Grundsätzlich stehen die Polizeidirektionen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Waffenbehörden beratend zur Verfügung.

- 8. Sollte aus Sicht der Landesregierung ein verpflichtendes Beratungsbesprache mit den Antragstellenden durchgeführt werden, um auch das Bedürfnis der Personen festzustellen und zu dokumentieren? Wenn nein, warum nicht?**

Eine Beratung der Antragstellerinnen und Antragsteller von Kleinen Waffenscheinen durch die Waffenbehörden findet - wie in der Antwort zu Frage 6 erwähnt - statt. Eine Bedürfnisdokumentation erachtet die Landesregierung als nicht zielführend. Die aktuelle Gesetzeslage gibt hierfür keinen Anlass.